



**ONLINE-PUBLIKATION**

Mario Hesselbarth

# Zur Geschichte der USPD

Aus Anlass des 100. Jahrestages  
ihrer Gründung 1917 in Gotha



**ROSA  
LUXEMBURG  
STIFTUNG**

**MARIO HESSELBARTH** ist Historiker, Mitglied des Gesprächskreises Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung und arbeitet ehrenamtlich für die Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen. Er ist Mitherausgeber des Bandes «Gelebte Idee – Sozialisten in Thüringen – Biographische Skizzen» (2006).

#### IMPRESSUM

ONLINE-Publikation 4/2017

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Henning Heine

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 2567-1235 · Redaktionsschluss: Februar 2017

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

MARIO HESSELBARTH

# **ZUR GESCHICHTE DER USPD**

## **AUS ANLASS DES 100. JAHRESTAGES**

### **IHRER GRÜNDUNG 1917 IN GOTHA**

## **EINLEITUNG**

Vom 6. bis 8. April 1917 gründeten in Gotha jene Frauen und Männer, die gegen die Burgfriedenspolitik ihrer Sozialdemokratie (SPD) während des Ersten Weltkriegs opponierten, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD).

Über die tieferen Ursachen der damit verbundenen Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung gingen und gehen die Positionen auseinander. Sowohl marxistisch-leninistische als auch der Sozialdemokratie nahestehende Historikerinnen und Historiker sahen in den drei innerparteilichen Grundströmungen, die vor dem Ersten Weltkrieg entstanden waren, den eigentlichen Spaltungsgrund. Der auf Eduard Bernstein zurückgehende Revisionismus hatte Anfang des 20. Jahrhunderts dafür plädiert, die revolutionäre, auf die Eroberung der politischen Macht orientierte Theorie der Sozialdemokratie zu ersetzen. Die SPD solle sich zu dem bekennen, was sie infolge ihrer politischen Praxis geworden sei, eine demokratisch-sozialistische Reformpartei. Bernstein scheiterte damit jedoch an der großen Parteimehrheit, auf die sich das marxistische Zentrum um den Parteivorsitzenden August Bebel und den maßgebenden Parteitheoretiker Karl Kautsky stützte. Sie verstanden die SPD nach dem viel zitierten Wort Kautskys als eine revolutionäre, die Revolution jedoch nicht machende Partei. Dass die Arbeiterbewegung letztlich die Revolutionen jedoch selbst machen und sich deshalb auf sie politisch vorbereiten müsse, davon war Rosa Luxemburg, die Wortführerin der im Marx'schen Sinne radikalen Linken überzeugt. Die unterschiedlichen Sichtweisen auf die Rolle der Arbeiterbewegung vor der Revolution unterschied radikale Linke und marxistisches Zentrum in den Massenstreikdebatten der Jahre 1905 bis 1913.

Andere Auffassungen über die Ursachen der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung im Ersten Weltkrieg machen hingegen die «Politik des 4. August», die bedingungslose Ein- und Unterordnung der Führungen von SPD und Gewerkschaften in die nationale Kriegsfront des Deutschen Kaiserreichs, für die Trennung verantwortlich. Festzuhalten ist, noch bevor sich die innerparteiliche Opposition gegen diese Burgfriedenspolitik der Parteiführung überhaupt formiert hatte, waren deren Befürworter fest entschlossen, sie aus der Partei hinauszudrängen. Sie wollten die Arbeiterbewegung in die bürgerliche Gesellschaft des Deutschen Kaiserreichs integrieren, dafür musste die Sozialdemokratie ihre bisherige grundsätzliche Oppositionshaltung gegenüber dem preußisch-deutschen Obrigkeitsstaat, der bürgerlichen Gesellschaft und dem kapitalistischen Wirtschaftssystem jedoch aufgeben. Die hieraus resultierenden innerparteilichen Spannungen und Konflikte führten in der Konsequenz zur Spaltung der SPD im Ersten Weltkrieg. Insofern bildete die Zustimmung der SPD-Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten am 4. August 1914 für die Entstehung der USPD einen entscheidenden Ausgangspunkt.

Mit der Unabhängigen Sozialdemokratie entstand im April 1917 eine Partei, die das gesamte politische Spektrum der Vorkriegs-SPD umfasste. Ihr gehörte der Theoretiker des Revisionismus Eduard Bernstein ebenso an wie Karl Kautsky, der führende Kopf des marxistischen Zentrums. Der pazifistische Positionen vertretende Hugo Haase war bis zu seinem Tod Ende 1919 infolge eines Attentats der weitgehend anerkannte Vorsitzende der USPD. Die radikale Linke um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die bereits Anfang 1916 die Spartakusgruppe gebildet hatte, trat ihr unter Aufrechterhaltung ihrer politischen und publizistischen Unabhängigkeit ebenfalls bei. Sie verließ die USPD jedoch schon zum Jahreswechsel 1918/19 und konstituierte sich als Kommunistische Partei Deutschlands (KPD).

Im weiteren Verlauf der Entwicklung gewannen aber auch neue Gruppierungen Einfluss auf die Politik der USPD: die «Revolutionären Obleute» der Berliner Großbetriebe um Ernst Däumig und Richard Müller sowie nach der Novemberrevolution 1918 die Akteure der Rätebewegung, repräsentiert durch Curt Geyer, Walter Stoecker und Wilhelm Koenen, vor allem jedoch die Masse der sich radikalisierenden Arbeiterschaft. Ihr Drang nach aktiver Veränderung der gegebenen Verhältnisse stärkte nicht nur den linken USPD-Flügel, er radikalisierte die USPD insgesamt und verschob sie nach links. Möglich war diese Einflussnahme nicht zuletzt durch die basisdemokratischen Strukturen und die innerparteiliche Demokratie, die jedem Mitglied Mitsprache bei und Mitgestaltung der unabhängigen sozialdemokratischen Politik ermöglichen sollten.

Diese Vielfalt wird oft als Heterogenität und Ursache der Spaltung der USPD im Oktober 1920 interpretiert, die ihr schnelles Ende einleitete. Die Existenz eines sozialdemokratischen und eines kommunistischen Flügels in einer Organisation sei auf Dauer nicht möglich gewesen, argumentieren jene, die sich in der jeweiligen Tradition der gespaltenen Arbeiterbewegung der Weimarer Republik verorten. Dem steht die jedoch nur selten beachtete Sicht gegenüber, die in der USPD weniger eine Partei im herkömmlichen Sinn, sondern vielmehr den politischen und organisatorischen Ausdruck der Massenbewegungen der revolutionären deutschen Arbeiterschaft der Jahre 1917 bis 1920 sieht.<sup>1</sup> Aus dieser Perspektive entstand die USPD als Ergebnis der sozialen und politischen Protestbewegung gegen den Ersten Weltkrieg. Sie bildete die Rätebewegung in ihrer ganzen Vielfalt programmatisch ab und stellte die politische Führung der Generalstreikbewegungen der Jahre 1919/20 dar. Hierin lagen gleichermaßen Stärke und Schwäche der USPD. Ihrem großen politischen Einfluss in den unmittelbaren Massenaktionen stand das Unvermögen gegenüber, als Partei gemeinsame Strategien und eine Politik zu entwickeln, die gleichermaßen radikale und realisierbare Zielstellungen beinhaltete. Insofern war es nahezu folgerichtig, dass das Ende der Massenbewegungen der revolutionären Arbeiterschaft im Frühjahr 1920 die Spaltung der USPD und ihr Ende nach sich zogen.

## FRIEDEN ALS GEMEINSAMES ZIEL

Das unmittelbare Ziel der USPD war die schnelle Beendigung des Ersten Weltkriegs sowie die Herbeiführung eines annexionslosen demokratischen Friedens. Damit verband sich aus ihrer Sicht die Rückkehr der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zu ihren programmatischen Ursprüngen. «Wir wollen aber nicht eine Partei des Reformismus werden. [...] Wir wollen eine Partei der Demokratie und des Sozialismus sein!», hatte Hugo Haase Anfang Januar 1917 auf der Oppositionskonferenz formuliert,<sup>2</sup> die die SPD-Führung zum Anlass nahm, die offenen Kritiker der «Politik des 4. August» aus der Partei auszuschließen. Erst dieses Vorgehen löste die Parteisplaltung und USPD-Gründung aus. Die Befürworterinnen und Befürworter des Burgfriedens bezeichneten sich nun als Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands (MSPD), der im Herbst 1917 etwa 240.000 Mitglieder angehörten. Den Unabhängigen schlossen sich rund 120.000 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten an.

Mit der USPD erhielten die sozialen Proteste der Arbeiterschaft, die sich in kleineren und größeren Aktionen seit Kriegsbeginn immer wieder bemerkbar gemacht hatten, erneut eine aktive Interessenvertretung. Diese Aufgabe war von den sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsfunktionären infolge der Burgfriedenspolitik kaum noch wahrgenommen worden. Bereits auf dem Gothaer Gründungsparteitag entschlossen sich oppositionelle Gewerkschafter, die in Berlin laufenden Vorbereitungen für einen Streik gegen eine angekündigte erneute Kürzung der Brotrationen aktiv zu unterstützen. Schwerpunkte des Aprilstreiks 1917 waren die USPD-Hochburgen Leipzig und Berlin. In beiden Städten wurden Arbeiterräte als Streikleitungen gewählt, doch nicht nur an diesem Punkt wirkte das Vorbild der russischen Februarrevolution. Sie hatte aus Sicht der Streikenden beispielgebend das Mittel zur Beendigung des Kriegs aufgezeigt, die Errichtung der Demokratie. Die von den Leipziger Arbeiterinnen und Arbeitern erhobenen Forderungen nach einem sofortigen annexionslosen Frieden, der Wiederherstellung der Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit, dem Ende des Arbeitszwangs sowie einem demokratischen Wahlrecht machten kenntlich, dass sich die soziale Protestbewegung zu einer politischen Bewegung weiterentwickelte.

In die am 22. Dezember 1917 zwischen dem Deutschen Kaiserreich und seinen Verbündeten einerseits sowie dem revolutionären Russland andererseits in Brest-Litowsk aufgenommenen Friedensverhandlungen setzte die deutsche Arbeiterschaft große Erwartungen. Die damit verbundene Bereitschaft, aktiv für ein schnelles Ende des Kriegs einzutreten, erkannten vor allem die «Revolutionären Obleute», die von der zunächst zögernden USPD-Parteileitung die Auslösung einer Massenaktion forderten. Infolgedessen riefen die USPD-Reichstagsabgeordneten am 10. Januar 1918 die «Männer und Frauen des werktätigen Volkes» indirekt zum Streik auf.

Am 28. Januar 1918 begann mit dem Berliner Januarstreik der größte Antikriegsstreik der deutschen Geschichte, an dem sich allein in der Hauptstadt etwa 400.000 Arbeiterinnen und Arbeiter beteiligten. Ihr sieben

<sup>1</sup> Feldmann, Gerhard D./Kolb, Eberhard/Rürup, Reinhard: Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges (1917–1920), in: Politische Vierteljahrschrift 11/1972, S. 100.

<sup>2</sup> Protokoll über die Verhandlungen des Gründungs-Parteitag der U.S.P.D. vom 6. bis 8. April 1917 in Gotha. Mit Anhang: Bericht über die Gemeinsame Konferenz der Arbeitsgemeinschaft und der Spartakusgruppe vom 7. Januar 1917 in Berlin, hrsg. von Emil Eichhorn. Berlin 1921. S. 8 f., in: Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Glashütten i.Ts. 1975, Bd. 1: 1917–1919, S. 89.

Punkte umfassender Forderungskatalog verlangte nicht nur Frieden, Brot und Demokratie, sondern auch eine Veränderung der halbabsolutistischen Staatsform in Preußen-Deutschland und hatte damit «revolutionären Charakter».<sup>3</sup> Von Berlin aus breitete sich der Massenstreik in die Zentren der deutschen Rüstungsindustrie aus. Obwohl er gemessen an seinem Anliegen erfolglos blieb, profilierte sich die USPD nachhaltig als «Partei der unzufriedenen und aufbegehrenden Arbeitermassen».<sup>4</sup> Zum einen verteidigten ihre Abgeordneten die Streikenden im Reichstag, zum anderen teilten führende Parteimitglieder wie Wilhelm Dittmann und Kurt Eisner infolge ihrer Verhaftung und Verurteilung das Schicksal derer, die von staatlichen Repressionen betroffen waren.

Schließlich gab die USPD der im Oktober/Anfang November 1918 schlagartig anschwellenden Friedensbewegung – die sich weder durch Proklamationen noch in Form organisatorischer Strukturen, sondern in den Betrieben, Büros und in den Schlangen vor den Lebensmittelgeschäften herausbildete – mit ihren reichsweit durchgeführten Massenversammlungen «Die Arbeiter und der Frieden» politischen Ausdruck. Der in einigen dieser Versammlungen gemachte Vorschlag, Karl Liebknecht zum Präsidenten einer zukünftigen deutschen Republik zu wählen, machte zugleich die Radikalisierung der Friedensbewegung kenntlich. Liebknecht war am 1. Mai 1916 in Berlin während einer nicht genehmigten Friedensdemonstration auf dem Potsdamer Platz von der Polizei verhaftet und in einem anschließenden Prozess zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Er hatte bereits am 2. Dezember 1914 als erster sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter gegen die Kriegskredite gestimmt und maßgeblich zur Herausbildung der innerparteilichen Opposition gegen die Burgfriedenspolitik beigetragen. Infolge dieser Aktivitäten war er zu einem Symbol der Kriegsgegnerschaft geworden.

## **RADIKALISIERUNG DER USPD ALS AUSDRUCK DER RADIKALISIERUNG DER ARBEITERSCHAFT**

Obwohl die USPD-Führung gegen Ende des Weltkriegs beständig zu Massenaktionen aufgerufen hatte, rechnete sie wohl mit der Demokratisierung des Deutschen Kaiserreichs, aber nicht mit einer Revolution. Deshalb war sie von ihrem Ausbruch im November 1918, die wie kaum eine Revolution vor und nach ihr massenhaft getragen wurde,<sup>5</sup> völlig überrascht. In die gemeinsam mit der MSPD getragene Revolutionsregierung, dem «Rat der Volksbeauftragten», war sie eher zögernd und ohne wirkliches Konzept eingetreten. Erst in den beiden auf den 9. November 1918 folgenden Wochen entwickelten Rudolf Hilferding und Rudolf Breitscheid die Umriss eines Konzepts zur Sicherung der Revolution, dessen Ziel in der festen Verankerung der Demokratie bestand. Während der Herrschaft der am Beginn der Revolution nahezu überall gebildeten Arbeiter- und Soldatenräte als lokale/regionale Machtorgane sollte die Verwaltung demokratisiert und so konterrevolutionäre Bestrebungen unmöglich gemacht werden. Den Kern des von ihnen geforderten demokratischen und sozialistischen Aktionsprogramms bildete die Beseitigung des Widerspruchs zwischen formaler staatsbürgerlicher Gleichheit und ökonomischer Ungleichheit, denn «solange die infamen Abhängigkeitsverhältnisse bestehen, die die kapitalistische Produktion schafft, solange hilft die formale papierne Demokratie dem Proletariat einen Pappentstiel», schrieb Rudolf Breitscheid am 16. November 1918.<sup>6</sup>

Mit diesem Programm sollten die Grundlagen für eine sozialistische Republik geschaffen werden, über die letztlich eine aus allgemeinen, freien und geheimen Wahlen hervorgegangene Nationalversammlung zu entscheiden hatte. Eine «unbeschränkte Fortdauer der Diktatur der Räte würde die Auflehnung der Unterdrückten herausfordern», der nur mit Terror und Bürgerkrieg zu begegnen sei. Die demokratische Entscheidung werde jedoch die sozialistischen Maßnahmen umso stärker sichern, je energischer die «Diktatur des Proletariats» als Übergangsstadium die erforderlichen Veränderungen einleite, erklärte Rudolf Hilferding.<sup>7</sup> Deshalb lehnte die USPD zunächst einen frühen Wahltermin für die Nationalversammlung ab.

Dass dieses Aktionsprogramm im November und Dezember 1918 den Willen der großen Mehrheit der deutschen Arbeiterbewegung repräsentierte, zeigen die Beschlüsse des Reichsrätekongresses, der vom 16. bis 21. Dezember 1918 stattfand. Die von ihm auf den 19. Januar 1919 festgesetzte Wahl zur Nationalversamm-

3 Luban, Ottokar: Die Massenstreiks für Frieden und Demokratie im Ersten Weltkrieg, in: Boebel, Chaja/Wentzel, Lothar (Hrsg.): Streiken gegen den Krieg. Die Bedeutung der Massenstreiks in der Metallindustrie vom Januar 1918, Hamburg 2008, S. 22.

4 Miller, Susanne: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974, S. 377.

5 Bramke, Werner: Eine ungeliebte Revolution. Die deutsche Novemberrevolution von 1918/19 im Widerstreit von Zeitgenossen und Historikern, in: Plener, Ulla (Hrsg.): Die Novemberrevolution 1918/1919 in Deutschland. Für bürgerliche und sozialistische Demokratie. Allgemeine, regionale und biographische Aspekte. Beiträge zum 90. Jahrestag der Revolution, Berlin 2009, S. 24.

6 Zit. nach: Kolb, Erhard: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919, Düsseldorf 1972, S. 160.

7 Zit. nach: ebd.

lung wird zutreffend als Votum für die parlamentarische Demokratie entsprechend der demokratischen Tradition der Sozialdemokratie interpretiert. Die vom Reichsrätekongress ebenfalls beschlossene Sozialisierung «der hierzu reifen Industrien, insbesondere des Bergbaus»,<sup>8</sup> und vor allem die «Hamburger Punkte», die als Symbol der Zertrümmerung des Militarismus galten,<sup>9</sup> machen kenntlich, dass die sozialdemokratische Rätebewegung die zukünftige Republik auch entsprechend ihrer sozialistischen und antimilitaristischen Tradition ausgestaltet sehen wollte.

Die USPD-Führung war in Anerkennung der politischen Realitäten davon ausgegangen, dass die von ihr angestrebten revolutionären Veränderungen ohne beziehungsweise gegen die Mehrheitssozialdemokratie nicht durchgesetzt werden konnten. Die «Revolutionäre wider Willen» (Heinrich August Winkler) um Friedrich Ebert verstanden sich jedoch nicht als Gründungsväter einer Demokratie, sondern als Konkursverwalter des alten Regimes. Das entzog dem Programm von Breitscheid und Hilferding letztlich den Boden, eine alternative Strategie zu dessen Umsetzung besaß die USPD-Führung jedoch nicht. Deshalb gab sie der Forderung der MSPD nach einer schnellstmöglichen Wahl der Nationalversammlung nach.

Der linke USPD-Flügel einschließlich der Spartakusgruppe trat ab dem 9. November 1918 für den Fortbestand der Arbeiter- und Soldatenräte und für den Aufbau eines Räteystems ein. Als am 6. Dezember 1918 konterrevolutionäre Truppen versuchten, die Revolutionsregierung zu beseitigen, sah sich die USPD-Linke in ihrer ablehnenden Haltung der gemeinsamen Regierung mit der MSPD bestätigt und forderte daher den Austritt. Die Parteiführung spitzte ihrerseits den innerparteilichen Konflikt zu, indem sie insbesondere der Spartakusgruppe eine mit der Mitgliedschaft in der USPD nicht zu vereinbarende bolschewistische Taktik vorwarf. Offensichtlich wurde die Krise der USPD auf dem Reichsrätekongress, als die unabhängige Fraktion die Wahl des Zentralrats boykottierte. Damit besaßen die USPD-Volksbeauftragten keinen Rückhalt in dem als Kontrollorgan der Revolutionsregierung gedachten Gremium. Nahezu folgerichtig traten sie von ihren Ämtern zurück, als es infolge der Berliner Weihnachtskämpfe<sup>10</sup> Ende Dezember 1918 zum Konflikt mit der MSPD kam.

Mit der blutigen Unterdrückung des sogenannten Spartakusaufstandes in den Berliner Januarkämpfen 1919 veränderte sich die politische Situation in Deutschland endgültig zugunsten der Konterrevolution. Die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts am 15. Januar 1919 durch rechtsextreme Freikorpsoldaten bildete den Auftakt «zu den tausendfachen Morden in den folgenden Monaten der Noske-Zeit [und] zu den millionenfachen Morden in den folgenden Jahrzehnten der Hitler-Zeit».<sup>11</sup> Während des Bürgerkriegs im Frühjahr 1919, in dem die rechtsextremen Freikorps unter dem Oberbefehl des mehrheitssozialdemokratischen Reichswehrministers Noske die Rätebewegung militärisch niederschlugen und die Reichs- und Länderregierungen die Arbeiterräte politisch ausmanövierten, radikalisierten sich große Teile der Arbeiterschaft nach links. In den Generalstreikbewegungen des Frühjahrs 1919 im Ruhrgebiet, in Mitteldeutschland und in Berlin waren neben dem unmittelbaren Verlangen nach Rückzug und Demobilisierung der Freikorps die sofortige Sozialisierung des Bergbaus, die Einsetzung von Betriebsräten sowie die Umsetzung der «Hamburger Punkte» die zentralen programmatischen Forderungen. Erst jetzt wurde der Ruf nach der «Diktatur des Proletariats» und des Räteystems massenhaft von der Arbeiterschaft artikuliert.

Das dramatische Ende der Münchner Räterepublik Anfang Mai 1919 schloss die zweite Phase der Revolution ab, die wesentlich blutiger als der eigentliche Novemberumsturz verlaufen war. Die große Mehrheit der USPD-Mitglieder ging jedoch weiterhin davon aus, die Revolution zu einem erfolgreichen Ende führen und anstelle der bürgerlich-kapitalistischen eine sozialistische Gesellschaft errichten zu können. Mit dieser Einschätzung gaben sie die Stimmung unter der Arbeiterschaft wieder. Vor allem traten bis dahin noch nicht organisierte jüngere Arbeiterinnen und Arbeiter in die USPD ein, deren Mitgliederzahl von März bis Dezember 1919 von 300.000 auf 700.000 anstieg. Hierin allein die Ursache für die Radikalisierung der USPD zu sehen greift indes zu kurz. Die Enttäuschung über die Ergebnisse der Revolution reichte bis tief in die Reihen der mehrheitssozialdemokratischen Mitgliedschaft, die sich zu einem beträchtlichen Teil der USPD anschloss. Hatte der USPD-«Revolutionsparteitag» Anfang März 1919 mehrheitlich die Verankerung des Räteystems in der Verfassung gefordert, so plädierte das vom Leipziger Parteitag im Dezember 1919 einstimmig beschlossene Aktionsprogramm für die «Diktatur des Proletariats» und das Räteystem als Form der proletarischen Klassenherrschaft.

8 Winkler, Heinrich August: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin/Bonn 1983, S. 104.

9 Mit Umsetzung der «Hamburger Punkte» wäre die militärische Kommandogewalt unter die Kontrolle der zivilen Regierung gestellt, alle Rangabzeichen abgeschafft und die militärischen Führer von den Soldaten gewählt worden. Für die Aufrechterhaltung der militärischen Disziplin sollten die Soldatenräte verantwortlich sein; vgl. ebd., S. 105.

10 Weihnachten 1918 eskalierte in Berlin ein Konflikt zwischen der Volksmarinedivision, einer Einheit revolutionärer Matrosen, und der Regierung. Anstatt die Differenzen auf dem Verhandlungsweg beizulegen, gaben die MSPD-Volksbeauftragten dem Militär faktisch freie Hand. Dessen Versuch, das von der Volksmarinedivision besetzte Berliner Schloss und den Marstall am Morgen des 24. Dezember mit Gewalt zu erobern, scheiterte; vgl. ebd., S. 110.

11 Haffner, Sebastian: Der Verrat. 1918/19 – als Deutschland wurde, wie es ist, Berlin 1993, S. 150.

Dem lagen die bitteren Erfahrungen des Jahres 1919 zugrunde, die die Arbeiterschaft über die Parteigrenzen hinweg gemeinsam gemacht hatte. Angesichts der Terrorpolitik der Reichsregierung schien eine Verbindung von parlamentarischer Demokratie und Rätegedanken nicht möglich, das Proletariat könne sich das Räte-system nur in den außerparlamentarischen Massenaktionen erkämpfen.

## **DAS ENDE DER USPD: SPALTUNG UND WIEDERVEREINIGUNG MIT DER MSPD**

«Was mich und meine Freunde von der Arbeitsgemeinschaft trennt, das ist die Stellung zur Internationale», dem Zusammenschluss der hauptsächlich europäischen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien. Mit diesem einleitenden Satz hatte Ernst Meyer als Koreferent der Spartakusgruppe auf der Reichskonferenz der Opposition am 7. Januar 1917 eine grundsätzliche Differenz zugespitzt formuliert. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht forderten – auf Grundlage ihrer Analyse des Zusammenbruchs der II. Internationale zu Beginn des Ersten Weltkriegs – einen völlig neuen internationalen Zusammenschluss als schlagkräftige proletarische Antikriegsbewegung. Demgegenüber ging die USPD-Führung vom Wiederaufbau der, wenngleich reformierten, II. Internationale aus.

Auf dem Gothaer Gründungsparteitag im April 1917 blieb das umstrittene Thema der Internationale ausgespart, um die labile Einheit nicht zu gefährden. Allerdings ging das Spartakusmitglied Fritz Heckert auf dem Parteitag als einziger Redner ausführlich auf die revolutionären Entwicklungen in Russland ein und verwies dabei auf deren Vorbildfunktion für das westeuropäische Proletariat. Wenngleich sein Beitrag keine Debatte auslöste, hatte Heckert zu diesem frühen Zeitpunkt jenen Aspekt angedeutet, der sich nach dem Ersten Weltkrieg eng mit der Frage der Internationale verbinden sollte, denn das Verhältnis zur russischen Revolution beinhaltete spätestens seit dem November 1917 das Problem der Stellung zu den Bolschewiki. Während die USPD-Parteileitung die Oktoberrevolution begrüßt hatte und sich trotz bestehender Differenzen angesichts des Bürgerkriegs und der ausländischen Interventionen zunächst jeglicher Kritik enthielt, war sie von Karl Kautsky von Anfang an abgelehnt und kritisiert worden.

Obwohl die USPD gegen Ende des Weltkriegs zunehmend auf Distanz zur II. Internationale gegangen war, beteiligte sie sich ab Anfang 1919 zunächst an ihrem Wiederaufbau. Als sie im August 1919 auf der Luzerner Konferenz<sup>12</sup> mit ihrem Versuch scheiterte, die II. Internationale zur Anerkennung des Räte-systems und der «Diktatur des Proletariats» zu bewegen und die MSPD wegen ihrer Politik während und nach dem Ersten Weltkrieg international zu isolieren, setzte innerhalb der USPD im Herbst 1919 eine intensive Debatte über den zukünftigen internationalen Zusammenschluss ein. Bereits die Teilnahme in Luzern war auf heftige innerparteiliche Kritik gestoßen, widersprach sie doch der Position des «Revolutionsparteitags». Die Wiederherstellung der Arbeiter-Internationale könne nur «auf dem Boden der revolutionären sozialistischen Politik im Geiste der internationalen Konferenz von Zimmerwald und Kiental» geschehen.<sup>13</sup>

Zeitgleich zum Märzparteitag der USPD hatte sich in Moskau die Kommunistische Internationale (Komin-tern) konstituiert, deren undifferenzierte Einschätzungen der USPD als zentristische Partei die Auffassung des KPD-Abgesandten Hugo Eberlein wiedergab.<sup>14</sup> Tatsächlich stand die «Programmatische Kundgebung» der USPD vom März 1919 Lenins «Thesen über Demokratie und Diktatur» beträchtlich näher als den diesbezüglichen Erklärungen der Berner Konferenz vom Februar 1919.<sup>15</sup> Der dramatische Verlauf der Debatte zum Tagesordnungspunkt Internationale auf dem Leipziger USPD-Parteitag im Dezember 1919 schien die Partei an den Rand der Spaltung zu bringen. Sie fand jedoch einen Kompromiss und beauftragte die Parteiführung, mit allen Parteien Kontakt aufzunehmen, die auf dem Boden der «Diktatur des Proletariats» stünden und bereit seien, eine gemeinsame aktionsfähige und aktionswillige «Internationale der sozialistischen Tat» zu bilden. Wenn dies nicht gelinge, müsse sich die USPD der Komintern anschließen.

12 Die Luzerner Konferenz war Teil einer Reihe von Zusammenkünften sozialdemokratischer Parteien zur Wiederherstellung ihres internationalen Zusammenschlusses, in deren Ergebnis 1923 die Sozialistische Arbeiter-Internationale gegründet wurde; vgl. Kowalski, Werner: Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), Berlin 1985, S. 13–25.

13 Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages vom 2. bis 6. März 1919 in Berlin, Berlin 1919, in: Protokolle der Parteitage der USPD, S. 4.

14 Vgl. Engelmann, Dieter/Naumann, Horst: Zwischen Spaltung und Vereinigung. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Jahren 1917–1922, Berlin 1993, S. 61–63.

15 Wheeler, Robert F.: USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution, Frankfurt a.M. 1975, S. 124. Auf der Berner Konferenz kamen die sozialdemokratischen Parteien erstmals nach dem Ersten Weltkrieg zusammen. Hier zeigten sich große Differenzen in der Frage des Verhältnisses zu den Bolschewiki. Gegen sie gerichtet, erklärte die Konferenzmehrheit, Sozialismus könne nur in Verbindung mit der Demokratie verwirklicht werden.

An diesem Punkt zeigt sich, solange eine revolutionäre Perspektive existierte oder zu existieren schien, konnten die Unabhängigen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ihre innerparteilichen Differenzen bei aller Dramatik in der konkreten Situation nicht nur überbrücken, sondern offen austragen und Kompromisse finden. Selbstbewusst stellten sie diese Praxis als lebendige proletarische Demokratie der Politik der unter der Bürde der Macht immer mehr erstarrenden MSPD gegenüber.

Der weitere Verlauf der Debatte um die Internationale verweist jedoch auf einen zweiten Aspekt. Nachdem das Ende des Generalstreiks gegen den Kapp-Putsch im März 1920, als rechtskonservative Militärs und Politiker versucht hatten die Weimarer Republik zu beseitigen, das begrenzte radikale Potenzial für eine durch das Räteregime zu verwirklichende «Diktatur des Proletariats» offenkundig gemacht hatte, begannen sich die inneren Konfliktlinien in der USPD wie schon im Dezember 1918 zu Bruchstellen auszuweiten. Die innerparteiliche Debatte im März 1920 zur Beteiligung an der vom Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Carl Legien vorgeschlagenen Arbeiterregierung zeigte, wie gering die Politikfähigkeit der USPD in konkreten Entscheidungssituationen war. Im Zusammenhang mit der Debatte um die 21 Aufnahmebedingungen in die Komintern, die einen völligen Bruch der beitragswilligen Parteien mit ihrer bisherigen sozialdemokratischen Vergangenheit und ihre «totale Unterordnung [...] unter das Diktat der Bolschewiki»<sup>16</sup> forderten, verlor sie nun auch ihre innerparteiliche Kompromissfähigkeit.

Tatsächlich präsentierte sich die USPD auf dem ihr weiteres Schicksal entscheidenden Parteitag im Oktober 1920 in Halle nicht als eine Partei, die ihre unterschiedlichen Auffassungen zu klären versuchte. Vielmehr rangen «zwei politisch klar unterschiedene und zur Selbstbehauptung fest entschlossene Gebilde [miteinander], die sich bereits in der Sitzordnung in «Rechte» und «Linke» absonderten».<sup>17</sup> Dennoch vermag die These von der zwangsläufigen Spaltung nicht alle Aspekte des Problems abzudecken. Plausibler erscheint jene Interpretation, die das Für und Wider zu den 21 Aufnahmebedingungen vor allem als Reaktion auf die Niederschlagung der Generalstreikbewegung gegen den Kapp-Putsch und der hierauf folgenden politischen und gesellschaftlichen Entwicklung sieht. Sie entfremdeten einen großen Teil der USPD-Mitgliedschaft von der Weimarer Republik und entzogen aufgrund der zunehmenden Sympathien für das bolschewistische Russland jedem sachlichen Einwand gegen die Aufnahmebedingungen den Boden.

Infolge der sozialökonomischen Nachwirkungen des Kriegs würden die proletarischen Massen einerseits der reformistischen Tradition der alten Sozialdemokratie den Rücken kehren, sich aber andererseits neuen illusorischen Hoffnungen hingeben, konstatierte im September 1920 der Jenaer USPD-Funktionär Emil Höllein. Er gehörte zu den wenigen Unabhängigen, die versuchten, die sich abzeichnende Parteispaltung noch abzuwenden. Sein Plädoyer gegen eine Spaltung der USPD und für deren Weiterentwicklung hin zu einer basisdemokratischen kommunistischen Massenpartei als wirksames Mittel zur Unterstützung der russischen Revolution resultierte aus den mit bemerkenswerter Voraussicht skizzierten Konsequenzen, die sich aus dem Charakter der Debatte um die 21 Aufnahmebedingungen für die weitere Entwicklung der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung ergeben würden. Anstatt der «Notwendigkeit der Stunde» gerecht zu werden und alle «revolutionären Kräfte» zusammenzufassen, würde der verbissene Kampf «Für oder gegen die Bedingungen» mit der «Notwendigkeit eines Naturgesetzes» zu einer weiteren «Zerreißung der Arbeiterklasse» und in deren Folge zum Sieg der Gegenrevolution führen.<sup>18</sup> Im Ergebnis dessen werde die Arbeiterbewegung weiter zerfallen und der Zusammenbruch der gesamten bisherigen Menschheitskultur drohen.

Die bis zum Dezember 1920 marginale KPD wurde infolge ihrer Vereinigung mit dem linken USPD-Flügel zur Massenpartei, über deren politische Ausrichtung und Charakter in den 1920er Jahren verschiedene Fraktionen und Flügel teilweise erbittert miteinander rangen. Der von Paul Levi initiierte «Offene Brief» an die Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Parteien vom 8. Januar 1921 zielte auf die Herstellung der proletarischen Einheitsfront im Kampf gegen die Offensive des Kapitals und skizzierte damit die Umrisse einer revolutionären Realpolitik.<sup>19</sup> Demgegenüber deuteten die «Märzaktion» 1921<sup>20</sup> und der ihr folgende innerparteiliche Richtungsstreit die weitere Perspektive der KPD an. Infolge ihres avantgardistischen Selbstverständnisses ignorierte sie reale Kräfteverhältnisse und erlitt deshalb mehrmals katastrophale Niederlagen. Anstatt jedoch die fehlerhafte Politik zu korrigieren, wurden deren Kritiker bekämpft. Deshalb verließen viele ehemalige

16 Engelman/Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung, S. 162.

17 Krause, Hartfried: USPD – Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt a.M. 1975, S. 209.

18 Vgl. Engelman/Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung, S. 61–63.

19 Vgl. Neue Zeitung, 21.9.1920.

20 Nachdem Paul Levi vom Vorsitz der KPD zurückgetreten war, plante die KPD-Zentrale im mitteldeutschen Raum eine Aktion, um die revolutionären Kämpfe voranzutreiben. Zudem von der preußischen Polizei provoziert, kam es zu bewaffneten Kämpfen, die mit einer Niederlage der KPD endeten; vgl. Kinner, Klaus: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität, Bd. 1: Die Weimarer Zeit, Berlin 1999, S. 37.



Unabhängige Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Frühjahr 1921 die KPD. Ein Teil von ihnen kehrte zur USPD zurück, die nach der Spaltung von Halle ihre Existenzberechtigung zwischen KPD und MSPD zu beweisen versuchte. Auf das Leipziger Aktionsprogramm Bezug nehmend, bekannte sie sich weiterhin zu ihren revolutionären Grundsätzen und lehnte die von der MSPD praktizierte Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien ab. Die USPD war nun wie am Beginn ihrer Existenz vor allem eine Partei des marxistischen Zentrums, das mit Karl Kautsky die unabhängige Politik wieder eindeutig dominierte. Die von ihm anvisierte Wiedervereinigung mit der MSPD schien im Herbst/Winter 1921/22 jedoch kaum mehr möglich.

Das am 23. September 1921 vom Görlitzer MSPD-Parteitag beschlossene Parteiprogramm, das, von Eduard Bernstein inspiriert, die Mehrheitssozialdemokratie als «Partei des arbeitenden Volkes» definierte, die sich sowohl zur Weimarer Demokratie als auch zum Klassenkampf für die Befreiung des Proletariats bekannte, stieß bei den Unabhängigen auf schroffe Ablehnung. Ihm gegenüber unterstrich die USPD mit ihrem vom Leipziger Parteitag Anfang Januar 1922 verabschiedeten Manifest, dass ein Zusammenschluss der Arbeiterparteien nur auf Grundlage des proletarischen Klassenkampfes bei Ablehnung jedweder Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien infrage käme. Die Ermordung des Außenministers der Weimarer Republik, Walther Rathenau, am 24. Juni 1922 durch Mitglieder der rechtsextremen Geheimorganisation Consul und die sich hieran anschließende reichsweite Protestwelle der Arbeiterschaft entwickelte für den Wiedervereinigungsprozess von MSPD und USPD eine Art Katalysatorwirkung. Während das zwischen MSPD, USPD, KPD und den Gewerkschaften am 27. Juni 1922 geschlossene Berliner Abkommen letztlich aufgrund der grundsätzlichen Differenzen zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus nicht zum Tragen kam, gaben führende Kreise der USPD ihren Widerstand gegen die Koalitionspolitik auf. Kurz darauf, am 14. Juli 1922, bildeten die beiden sozialdemokratischen Fraktionen im Deutschen Reichstag eine Arbeitsgemeinschaft, und Ende August nahmen die Parteileitungen offizielle Vereinigungsverhandlungen auf.

Letztlich vollzog die USPD auf ihrem Geraer Parteitag vom 20. bis 23. September 1922 ihre Wiedervereinigung mit der MSPD, obwohl die Mehrheit der Delegierten durch ihre Unterstützung einer Resolution des Vorsitzenden des Metallarbeiterverbands Robert Dißmann kenntlich machte, dass sie der Koalitionspolitik weiterhin ablehnend gegenüberstand. Angesichts der durch den Rathenau-Mord entstandenen politischen Situation wog für die Masse der USPD-Mitglieder die Wiederherstellung der sozialdemokratischen Einheit jedoch schwerer. Zugleich aber hatte der Vorsitzende der USPD Gera, Heinrich Knauf, in seiner Eröffnungsrede des Parteitags die Motive und Erwartungshaltung vieler unabhängiger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten formuliert. Sie würden «nicht ruhen und rasten, bis die vereinigte Partei eine revolutionäre Klassenkampfpartei geworden sei».<sup>21</sup>

## FAZIT

Wenn gefragt wird, was die nunmehr 100 Jahre zurückliegende Geschichte der USPD gegenwärtig agierenden Linken zu sagen hat, dann erscheint die Antwort im ersten Moment schwierig. Die Unabhängige Sozialdemokratie muss in ihrer Zeit verstanden werden. Sie repräsentierte revolutionäre proletarische Massenbewegungen, die im Unterschied zu den heutigen thematischen Einpunktbewegungen grundlegende gesamtgesellschaftliche Ziele verfolgten. Nach den durch den Stalinismus geprägten realsozialistischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts ist zudem die von der USPD angestrebte «Diktatur des Proletariats» als Mittel zur Durchsetzung einer sozialistischen Gesellschaft hinfällig. Hieran ändert auch die Tatsache nichts, dass es zwischen der praktizierten Parteidiktatur und dem unabhängigen sozialdemokratischen Verständnis von der proletarischen Diktatur beträchtliche Unterschiede gab. Denn die USPD verstand das Rätssystem als Herrschaftsform der unterdrückten arbeitenden Massen, um sich selbst politisch und sozial zu befreien. Sie verwarf in ihrer großen Mehrheit im Unterschied zum Bolschewismus/Kommunismus die parlamentarische Demokratie nicht, sondern betrachtete sie als ein Mittel im Kampf um die soziale Befreiung und Selbstbestimmung der Massen.

So sehr die politischen Ansätze der USPD in ihrer Zeit verstanden werden müssen, aktuell ist jedoch auch heute die Suche nach einer Verbindung von Sozialismus und Demokratie und den Formen ihrer Durchsetzung. In dieser Hinsicht gibt die Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratie keine fertigen Antworten, wohl aber Anstöße zum weiteren Nachdenken.

---

21 Protokoll der Sozialdemokratischen Parteitage in Augsburg, Gera und Nürnberg 1922, in: Protokolle der Parteitage der USPD, Bd. 4: 1922–1923, S. 123.

Ein zweiter Aspekt, der heutigen Linken mit Blick auf die USPD etwas sagen kann, ergibt sich aus ihrem Scheitern. Schon aufgrund ihres Massencharakters war sie eine pluralistische Partei. Dass ihr Pluralismus kein notgedrungener Kompromiss unterschiedlicher Strömungen, sondern die Voraussetzung ihrer Existenz darstellte, zeigte sich im Moment der Spaltung. Durch den Verlust ihres radikal-linken Flügels büßte die USPD 1920 den Garanten ihres revolutionären Selbstverständnisses ein. Umgekehrt begab sich die radikale Linke durch ihre endgültige Trennung vom marxistischen Zentrum in eine selbstgewählte Isolation, aus der sie trotz gelegentlicher Ausbruchsversuche während der Zeit der Weimarer Republik nicht wieder herausfand.

Offenbar können sich linke Parteiprojekte, zumindest in Deutschland, nur dann erfolgreich und dauerhaft neben der Sozialdemokratie behaupten, wenn sie ihren inneren Pluralismus nicht als notwendiges Übel, sondern als Voraussetzung ihrer Existenz begreifen. Dass schließt harte innere Auseinandersetzungen über Programme, Strategien und konkrete politische Projekte immer mit ein. Sie dürfen aber nie mit dem Ziel des Hinausdrängens oder des Obsiegens über andersdenkende Genossinnen und Genossen in den eigenen Reihen geführt, sondern müssen als Ausdruck eigener Lebendigkeit verstanden werden.